

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang

Verlagsort: Bocholt.
Vertriebsort: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Beleggeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinslager Straße 65 (H. Horad), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (H. Unland), Sachfenstraße 60 (H. Ratotte), Gneisenaustraße 35 (D. Querbach), Potsdamstraße 8 (W. Doves), Geschäftsstelle Rheide: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rheide 78.

Nummer 11

Sonntag, den 12. Januar 1936

Jahrgang 1936

Frankreichs Finanzen und Wirtschaft.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

R. H. Paris, im Januar.

Die stürmische Atmosphäre der letzten Dezenturtag hat sich etwas beruhigt. Eine vorübergehende Entspannung hat sich auch den kämpferischen Geistern mitgeteilt, nachdem der Frontalangriff der Vinten in der außenpolitischen Kammerdebatte gegen das Kabinett Laval abgewehrt werden konnte. Die Mehrheit von 20 Stimmen stellt zwar einen Pyrrhussieg des Ministerpräsidenten dar, genügt aber, um zunächst einmal die Dispositionen der in der Volksfront vereinigten Radikalen, Sozialisten und Kommunisten zu durchkreuzen. Nach der vielbesprochenen Intervention des aus dem Cardieu-Lager kommenden ehemaligen Finanzministers Paul Reynaud gegen die „mangelnde Zusammenarbeit“ der französischen Regierung mit England, dem „treuen Hüter des Völkerverbundes“, war man vor der Abstimmung in politischen Kreisen überzeugt, daß das Kabinett das neue Jahr nicht mehr erleben würde. Doch Reynaud blieb Einzelgänger, seine Haltung wurde von seinen Parteifreunden nicht gebilligt. Hingegen kam die Tatsache, daß der Haushaltsplan noch nicht verabschiedet war. Diesen Grund nahm eine kleine Gruppe innerhalb der radikalsozialistischen Fraktion zum Anlaß, um für die Regierung zu stimmen. Sie glaubte nicht, die Verantwortung übernehmen zu können für eine neue Frankfurter, die nach dem Sturz der Regierung und der Finanzverwaltung der Annahme des Haushaltsplans eingetreten wäre.

Die Abstimmung in der Kammer hat den Kampfplan der Opposition zwar etwas gestört. Doch Laval's knapper Sieg hat sie nicht entworfen. Schon kündigt der Vorkämpfer der bisher regierungstreuen Radikalsozialisten, der Bürgermeister von Meims, Marchandea, in der „Dépêche de Toulouse“ an, daß sie bei der ersten kommenden „Gelegenheit“ der Regierung ihr Mißtrauen aussprechen werden. Es fragt sich nur, ob sich bis zu den Wahlen, die spätestens im April stattfinden — die geeignete „Gelegenheit“ finden läßt. Diese patentierten Verteidiger der demokratischen Freiheiten können es sich kaum leisten, die Regierung über eine Bagatelle zu stützen, ohne gleichzeitig ihren Gegnern — den nationalen Verbänden — ein gewichtiges Argument gegen die „zweifelhafte Stabilität des parlamentarischen Systems“ in die Hand zu liefern.

Der verpönte Weihnachtsfrieden wird, nachdem Laval inzwischen von seinem kurzen Erholungsurlaub nach Paris zurückgekehrt ist, in wenigen Tagen zu Ende gehen. Wichtige Ereignisse stehen bevor. Die kommende Woche wird zeigen, ob Laval unter dem Druck der Vinten von der Ermächtigung militärischähnliche Organisationen aufzulösen, Gebrauch machen wird. Am 14. Januar tritt die Kammer zur letzten Tagung der Legislaturperiode zusammen. Am 19. Januar findet die für die künftige Politik der Radikalsozialisten entscheidende Sitzung des Exekutivkomitees ihrer Partei statt. Am Tag darauf tritt der Völkerverbund zusammen, um über die Ausdehnung der Sanktionen zu entscheiden.

Alle Handlungen der Regierung sowohl wie der Opposition werden schon im Zeichen des bevorstehenden Wahlkampfes stehen. Die zentrale Frage in dieser Auseinandersetzung wird das Fazit der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Monate sein. Es ist deshalb von Interesse, hier kurz die wesentlichen Merkmale der Wirtschaftslage Frankreichs aufzuzeigen.

Das vergangene Jahr hat dem französischen Bürger nicht die erhoffte Erleichterung gebracht. Im Gegenteil. Die letzten statistischen Veröffentlichungen zeigen Notordnungen für die Arbeitslosigkeit trotz der Massenausweisungen polnischer und italienischer Arbeiter. Die Notverordnungen haben den Beamten und Kleinrentnern ihre Einnahmen um 10 Prozent gekürzt. Der Weinbauer des Südens, der Viehzüchter der Bretagne und des Vaucluse verkaufen weiter zu Preisen, die nicht einmal die Unkosten decken. Gleichzeitig klagen die städtischen Verbraucher über die unerwünschten Lebenshaltungskosten. So ist es kein Wunder, daß Frédéric Janny, der im offiziellen „Temps“ und in der „Revue Politique et Parlementaire“ die Wirtschaftsbilanz des Jahres 1935 zieht, eine pessimistische Note anhängt. Resigniert stellt er fest, daß im Gegensatz zu dem Aufschwung in den angelsächsischen Ländern, Skandinavien, Deutschland und Südafrika — in der französischen Wirtschaftslage sogar eine leichte Verschlechterung eingetreten ist. Er verweist auf einige Besonderheiten der französischen Lage. Frankreich ist als letztes Land von der Weltkrise erfaßt worden, es ist also wahrscheinlich, daß eine neue „Prosperität“ erst in weitem Abstand dem Aufschwung in den übrigen Welt folgen wird. Aber die Krise hat hier doch nicht die gleichen scharfen Formen angenommen wie in den

(Fortsetzung 2. Seite)

Neue Pläne zur Beilegung des Krieges

Beunruhigende Nachrichten über die innere und äußere Lage Italiens. Angebliche Anregungen Belgiens nach der Rückkehr König Leopolds von London.

Zunächst englisch-französisches Mandat über Abessinien?

(1) Paris, 11. Januar.

Die Außenministerin des „Deuxième“ will im Zusammenhang mit der Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem französischen Botschafter in Rom in Erfahrung gebracht haben, daß letzterer entgegen anderslautenden Gerüchten keinerlei neue italienische Vorschläge oder Anregungen überbracht habe.

In Kreisen der verschiedenen europäischen Großmächte hat man sich heute aber über die Folgen klar, die ein zu großer Erfolg der schwarzen Rasse über Italien nach sich ziehen könnte.

Man befürchtet, daß ein solcher Erfolg nicht ohne Auswirkungen auf das europäische Gleichgewicht bleiben würde und vor allem die Ruhe der Kolonialstaaten stören könnte.

Die letzten Nachrichten, die in den verschiedenen europäischen Hauptstädten über die innere und äußere Lage Italiens vorliegen, seien aber ziemlich beunruhigend. Man habe deshalb in Erwägung gezogen, im Rahmen des Völkerverbundes, und zwar auf Antrag Italiens einen neutralen Untersuchungs- und Ausschuss zu bilden, der in Abessinien die Kriegsmethoden prüfen und gleichzeitig die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des gegenwärtigen Streitfalles prüfen soll. Zu gleicher Zeit sollen in Genf auf Veranlassung einer kleinen Macht, wahrscheinlich Belgiens, (der belgische König, der bekanntlich wiederholt als tätig in der Friedensvermittlung genannt wurde, ist dieser Tage von London nach Brüssel zurückgekehrt) gewisse Anregungen unterbreitet werden, die auf eine soziale und wirtschaftliche Neuordnung in Abessinien hinführen.

An gut unterrichteten Kreisen verlautet in diesem Zusammenhang, daß sich der auswärtige Ausschuss der belgischen Kammer in seiner letzten Sitzung eingehend mit dieser Frage beschäftigt habe, die dem Genfer Ausschuss zur Prüfung unterbreitet werden solle. Man werde anscheinend versuchen, den Regus dazu zu bringen, von sich aus die Hilfe des Völkerverbundes anzunehmen, der dann die von dem neutralen Untersuchungsausschuss vorgelegene Neuordnung zu verwirklichen versuchen werde, und zwar wahrscheinlich auf die Weise,

daß England und Frankreich eine Art Mandat über Abessinien erhalten werden. Erst im Anschluß an diesen ersten Abschnitt der Verhandlungen werde man daran gehen, auch Italien langsam vorzubereiten, um zu dreien den Neuaufbau durchzuführen, für den London und Paris die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen würden.

Das gleiche Blatt macht noch auf eine andere Tatsache aufmerksam, die schon in den allerersten Tagen eingetreten wurde, und die in der Errichtung einer japanischen Gesandtschaft in Addis Abeba besteht. Am 13. Dezember habe sich in Maille ein bis dahin bei der Pariser japanischen Botschaft tätiger Diplomat nach Abessinien eingeschifft, der solange die japanischen Interessen vertreten werde, bis der von Tokio beorderte Gesandte dort eintreffen werde. Diese Interessen, so fährt das Blatt fort, seien jedoch ausschließlich wirtschaftlicher Art.

Es sei unter allen Umständen sehr schwer, die weitere Entwicklung der Lage in Abessinien schon jetzt vorauszuweisen.

Nach dem Urteil der unparteiischen militärischen Sachverständigen ersehe es aber unwahrscheinlich, daß die Italiener vom militärischen Standpunkt aus ihr Ziel erreichen können.

Marshall Badoglio habe in Rom 200 000 Mann angefordert, aber man habe ihm nur 80 000 geschickt, die zum Teil in Eritrea, zum Teil in Italienisch-Somaliland an Land gehen würden. Der beabsichtigte Generalangriff der italienischen Truppen auf beiden Fronten scheine unter diesen Umständen recht zweifelhaft zu werden.

Der „Matin“ befaßt sich im Zusammenhang mit dem italienisch-abessinischen Krieg mit der Möglichkeit einer Ausdehnung der Sanktionsmaßnahmen auf das Erdöl und bezeichnet die aus englischer Quelle stammenden Meldungen als einseitig, die schon jetzt von einer Prüfung dieser Frage durch den 18er-Ausschuss am 20. Januar sprechen. Man habe zu ausführlich darüber gesprochen, daß Washington jetzt zunächst einmal seine Haltung festlegen müsse, als daß man annehmen könne, Genf werde sich jetzt unabhängig von Washington aussprechen. In gut unterrichteten Kreisen erkläre man aber, daß der amerikanische Kongreß wahrscheinlich nicht vor Ende des Monats irgendeinen Beschluß fassen werde. Unter diesen Umständen sei kaum anzunehmen, daß der Völkerverbund schon am 20. Januar das Ausfuhrverbot für Erdöl an Italien fordern werde.

Italien zu Verhandlungen bereit?

London, 11. Januar.

Die „Times“ meldet aus Genf, man rechne dort anscheinend damit, daß bald neue Friedensbemühungen im italienisch-abessinischen Streitfall unternommen würden. Es fehle nicht an Zeichen, daß der Umfang und die mangelnde Vollständigkeit des abessinischen Feldzuges einen Eindruck auf die Leiter der italienischen Politik zu machen beginne.

Das festhalten militärischer Fortschritte habe zu der Überzeugung geführt, daß der Krieg entweder bald beendet oder auf unbegrenzte Zeit fortgesetzt werden müsse. Italien lasse offensichtlich erkennen, daß es

nicht unverwundlich und durchaus bereit sei, auf einer Grundlage, die Italiens berechtigten Interessen sichern würde, zu verhandeln.

Endgültige Pläne seien noch nicht vorhanden, aber die Bedingungen seien im gegenwärtigen Zeitpunkt naturgemäß sehr hochgeschraubt. In Genf glaube man nicht, daß nach dem Zusammenbruch der letzten Bemühung irgend ein neuer Versuch erwartet werden könne. Gleichzeitig erwarte man auch nicht, daß die britische Abordnung bei der Auslegung weiterer Sanktionsmaßnahmen die Führung ergreifen werde, obwohl es sie offensichtlich durchaus unterliegen werde, wenn sie vorgebracht werden.

Man halte es daher für sicher, daß Italien irgendeinen Vorschlag von Frankreich, ob er unmittelbar oder durch den Völkerverbund gemacht werde, sehr sorgfältig prüfen würde. Wenn nicht von Paris, dann werde der Vorschlag möglicherweise von einer Gruppe kleinerer Mächte kommen.

Augenblicklich sei Italien allerdings noch geneigt, dem Völkerverbund keine Bedingungen zu diktieren, von denen es dahin gehe, daß die Beilegung Italiens als Angreiferstaat zurückgezogen werden müsse. Dieser Vorschlag finde jedoch bei den kleinen Mächten keine Gegenliebe.

„Daily Telegraph“ meldet aus Paris, Laval und der französische Botschafter in Rom hätten sich bei ihrer Unterredung am Freitag auf die Annahme geeinigt, daß die endgültigen Schritte zur Annahme einer „Dépêche“ aufgeschoben werden, bis die Stellungnahme Amerikas festgelegt ist. Während dieser Pause werde Laval zwar keine genauen Vorschläge ausarbeiten, jedoch auch keine Gelegenheit verlieren, eine freundliche, verständliche Haltung zu fördern. Augenblicklich sei man in Paris der Ansicht, daß Mussolini sich jetzt in einer zugänglicheren Verfassung befinde.

Dem Pariser Reuter-Korrespondenten ist von zuständiger Seite mitgeteilt worden, daß zurzeit weder von England noch von Frankreich ein neuer Plan für die Beilegung des italienisch-abessinischen Streites im Auge gefaßt werde. Natürlich werde eine eng diplomatische Fühlung aufrecht erhalten, aber es lägen keine Nachrichten von irgend welchen neuen Verhandlungen vor. Die ganze Angelegenheit werde im „Rahmraum“ gelassen, bis der Völkerverbund zusammengetreffe.

Reichsminister Dr. Frick über die Durchführung der Saar-Rückgliederung.

Die Zukunft Saarbrückens.

DNB Berlin, 11. Januar.

Am 13. Januar fährt sich zum ersten Male der Tag, an dem das deutsche Volk an der Saar von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen konnte und sich mit tiefer Mehrheit in freier Volksabstimmung für die Heimkehr ins Deutsche Reich entschied.

Dieses historische Ereignis wird für alle Zeiten ein Tag der Freude und des Sieges für die Saar, aber auch für ganz Deutschland sein. Als Ausdruck der engsten Verbundenheit des Reiches mit dem heimgekehrten

Saarland findet am 13. Januar d. J. eine große Kundgebung statt, bei der der Reichs- und Preussische Minister des Innern, Dr. Wilhelm Frick, in Saarbrücken sprechen wird.

Der Bedeutung der Rückgliederung des Saarlandes entsprechend gewährte Reichsminister Dr. Frick einem Schriftleiter der „NSD-Heimfront“ eine Unterredung, die wir im nachstehenden wiedergeben. Sie zeigt die Fülle der Arbeiten, die geleistet werden mußte und gewährt einen Ausblick auf die gegenwärtige und künftige Bedeutung des Saarlandes und seiner Hauptstadt Saarbrücken.

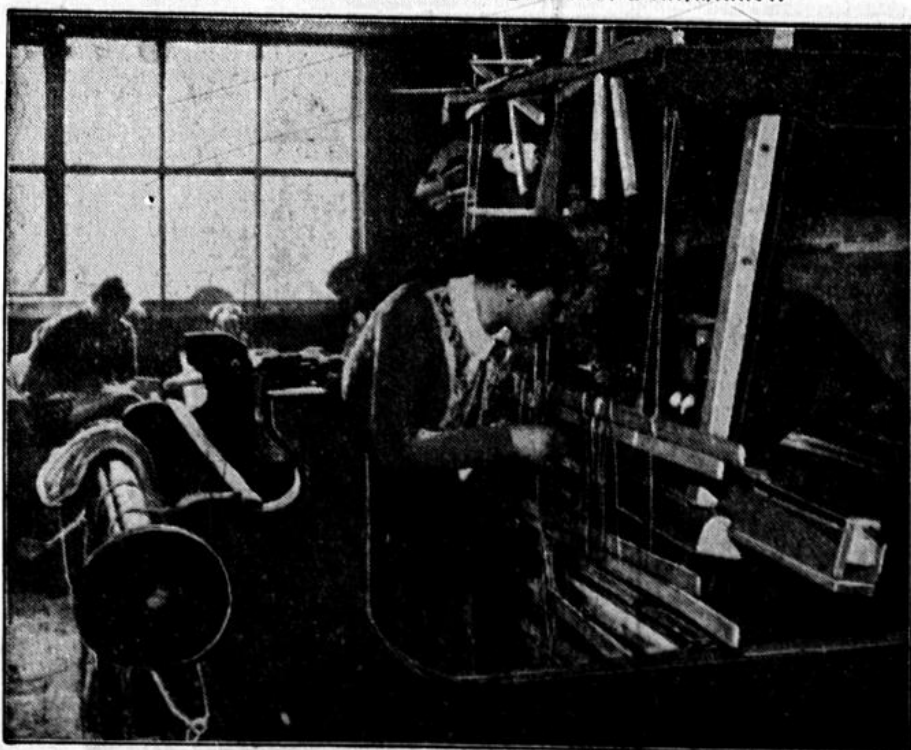
Wir lassen im nachstehenden die Unterredung mit Reichsminister Dr. Frick folgen.

Frage: Herr Reichsminister, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie anläßlich des Jahresjubiläums der Volksabstimmung an der Saar bereit wären, Näheres über die Einzelheiten der Durchführung und den Stand der Rückgliederung des Saarlandes mitzuteilen.

Antwort: Bei der Durchführung der Rückgliederung sind zwei Fragegebiete zu unterscheiden: einerseits das Staats- und verwaltungsrechtliche und andererseits das wirtschafts- und sozialpolitische. Das Saarland, das bei seiner Rückkehr nicht wieder mit den früheren Verwaltungsgebieten vereinigt wurde, ist durch das Saarlandgesetz vom 30. Januar 1935 in die unmittelbare Verwaltung des Reiches übernommen worden. Um die Rückgliederung möglichst reibungslos durchzuführen, wurde das geltende Recht nicht sofort außer Kraft gesetzt, sondern der von der Regierungskommission des Saargebietes erstellte Rechtszustand blieb im wesentlichen erhalten. Erst allmählich und schrittweise wurden die Bestimmungen der Verordnungen der zuründigen Reichsminister die Ausgestaltung an das im übrigen Reichsgebiet geltende Recht vorgenommen. Auf dem Gebiet des Reichsrechts ist die Rechtsangleichung bis zum 1. Januar d. J. im wesentlichen abgeschlossen. Neben dem Reichsrecht gelten für den ehemals preussischen Teil noch preussische und für den ehemals bayerischen Teil bayerische landesrechtliche Vorschriften, deren Vereinheitlichung künftig der Entwicklung vorbehalten bleiben muß.

Auf dem Gebiet der Verwaltungsorganisation trat jedoch mit dem 1. März d. J. sofort eine erhebliche Änderung ein, da die von der Regierungskommission geschaffene Zentralverwaltung in Kraft trat. Die Behörden des Reichsministeriums für die Rückgliederung des Saarlandes übernahm für das Reich die Verwaltungsgeschäfte, wobei der Reichsminister die Stellung eines preussischen Oberpräsidenten und Regierungsverpräsidenten bezugnehmend und Regierungsverpräsidenten bezugnehmend hat der Reichsminister nach die Aufgaben und Befugnisse der Provinzialverwaltung. Eine Landesregierung gibt es für das Saarland nicht, an ihre Stelle

Am Webstuhl in der höchsten Kirchengemeinde Deutschlands.



In der Nähe von Garmisch-Partenkirchen befindet sich die Kirchengemeinde Wamburg in 1000 m Höhe, welche die höchste Kirchengemeinde Deutschlands ist. Hier wird die Wolleweberei besonders gepflegt. Man sieht auf unserem Bild Wamburger Mädchen beim Webstuhl an einem uralten Webstuhl (Schertl-M.).

ist die Reichsregierung getreten. So sind im Saarland auch die Landräte und Kreisbehörden erstmalig Teile der Reichsverwaltung.

Die Beamten, die von der deutschen Heimatverwaltung zur Dienstleistung im Saargebiet beurlaubt waren, sind bei der Rückgliederung von der Deutschen Regierung sämtlich, die von der Regierungskommission ein- gestellt zum weitaus größten Teil übernommen worden, selbst ein Teil der Kreis-Beamten (das sind also jene, von der Saarverwaltung auf Zeit, ohne Pension- berechtigung, eingestellten Beamten) konnte Verwen- dung finden. Trotz der schwierigen und neuartigen Auf- gaben, die sich für die Reichsverwaltung im Saarland in den vergangenen Monaten ergeben haben, ist die Rück- gliederung auf dem Gebiete der Verwaltung rei- bungslos und erfolgreich durchgeführt worden. Das Saarland besitzt eine Verwaltung, die ein- heitlich im Geiste des Nationalsozialismus geführt wird und unter verständnisvoller Mitwirkung der Bevölke- rung die ihr gestellten Aufgaben gemeistert hat. Auch auf kommunalem Gebiete ist die Angleichung durch die Einführung der Deutschen Gemeindeordnung vollzogen worden.

Zur Durchführung der wirtschaftlichen Um- stellung hatte die Reichsregierung als erster Verwaltungszweig bereits vor dem 1. März 1935 ihre Arbeit aufgenommen. Der Übergang aus dem französi- schen in das deutsche Zoll- und Währungsgebiet brachte der saarländischen Wirtschaft manche schwere Aufgabe. Es mußte für die Umlenkung des Absatzes saarländischer Erzeugnisse gesorgt werden, die Verkehrswege am Rande des Regierungsgebietes erforderte einen angemessenen Ausgleich, den die Reichsbahn durch Tarifermäßigung bis zu 30 bis 40 v. H. gewährte. Wie es gelungen ist, für die Saarhohe und die anderen saarländischen Er- zeugnisse den notwendigen Absatzmarkt zu schaffen, so mußte auch die Versorgung des Saarlandes mit allen lebenswichtigen Gütern gesichert werden. In Verbin- dung damit war die Ausgleichung der Preise und Löhne schrittweise durchzuführen, und auf sozialpolitischem Ge- biet die Überleitung auf den hohen Stand der deut- schen Einrichtungen vorzunehmen. Die Rückgliederung auf allen Gebieten kann nunmehr als durchgeführt an- gesehen werden.

Frage: Welche besonderen Hilfsmahna- men hat das Reich im Zuge der Rückgliederung im Saarland durchgeführt?

Antwort: Zur Erleichterung der Preisangleichung wurden erhebliche Reichsmittel zur Verfügung gestellt. Steuern und Sozialbeiträge nur allmählich und schritt- weise angehoben und auch für andere Überleitungsma- ßnahmen im Saargebiet Beihilfen bereitgestellt. Oben- standen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Ar- beitslosigkeit, der das große Arbeitsbeschaffungs- programm dient, für das vom Reich allein über 20 Millionen RM an Zuschüssen gegeben wurden. Es umfaßt 338 Einzelmaßnahmen mit insge- samt 2.370.000 Tagewerken. Ebenso bedeutungsvoll sind die von der Reichsverwaltung eingeleiteten umfang- reichen Erneuerungsarbeiten in den Gruben. Auch die Infanteriegeschütze von insgesamt 11 Millionen RM, die Erneuerungsarbeiten der Grubenverwaltung, das Siedlungs- und Volkswohnungsprogramm und manche andere Hilfsmahna, wie die Gewährung von mehreren Millionen RM an Zuschüssen für die saar- ländische Industrie, haben zur Kräftigung der saar- ländischen Wirtschaft erheblich beigetragen. Das Reich war sich bewußt, daß im Saarland manches nachzuholen und mancher Schaden auszu- gleichen war. Auf die Frage, wie es mit dem vom Gegner im Abkündigungslampf oft gebrauchten Behaup- tung klinge, Saarbrücken würde nach der Rückkehr zu einer bedeutungslosen Stadt herabsinken, jagte Reichs- minister Dr. Brüder: Wie die Verhältnisse sich tatsächlich gestalten haben, das können Sie und alle Saarbrücker selbst am besten beobachten. Ich glaube, daß die Gesamt- bevölkerung Saarbrückens noch nie an einer so lebhaften und auch für die Wirtschaft günstigen Entwicklung teil- genommen hat, wie im ersten Jahre nach der Heimkehr ins Reich. Auch die Bedeutung Saarbrückens als Ver- waltungsmittelpunkt hat nicht abgenommen, sondern ist bedeutend gestiegen. Es blieb sich einer Reichs- bahndirektion, die einen erheblich vergrößerten Geschäftsbereich erhalten wird. Ein neuer Flugha- fen ist bei Ennsheim im Bau; in der Stadt selbst erhebt sich die Reichs- und ein neues Theater, einen neuen Reichshof befindet es seit einigen Wochen, und mit großen Mitteln wird ein neuer Schauspiel- und Viehhof geschaffen. Auch für die allgemeine Verwal- tung ist die Errichtung eines neuen Verwaltungs- gebäudes vorbereitet; die Bauarbeiten werden als- bald in Angriff genommen werden. Mit diesem Neu- bau wird auch das Stadtbild Saarbrückens eine weitere Bereicherung erfahren. So erlebt Saarbrücken — an bedeutungsvoller Stelle des deutschen Weltens gelegen — einen neuen Aufschwung als wichtiger Mit- telpunkt des staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Lebens, und es wird an der großen Aufbaubarkeit des Dritten Reiches auch in Zukunft in immer steigendem Maße teilhaben.

Verläßt Japan die Flottenkonferenz?

DNB Tokio, 11. Jan.
Am Sonnabendmorgen traf hier ein Telegramm an der japanischen Flottenabordnung in London, in dem angefragt wird, ob die Abord- nung die Konferenz verlassen soll, falls am Montag der japanische Vorschlag abgelehnt wird, oder ob ein japanischer Beobachter den weiteren Verhandlungen über die Vorschläge Englands und Frankreichs beizuhören soll. Die leitenden Männer des Marineministeriums und des Auswärtigen Amtes wurden sofort nach Eintreffen des Telegramms zu einer Sitzung zusammengezurufen, auf der über die Anfrage der Flottenabordnung beraten werden soll. Es verlautet, daß man der Abordnung die An- weisung übermitteln wird, am Montag nochmals den japanischen Vorschlag zu begründen und bei einer Ablehnung die Beendigung der Fünftägigen Tagung zu beantragen. Gegen die Befolgung eines Beobachters in der Konferenz werde kein Einwand erhoben. Für den Fall eines Aus- tritts aus der Flottenkonferenz besetzt die japanische Regierung eine große Erklärung vor.

Schweres Einsturzungsunglück in einer Grazer Kaserne.

DNB Wien, 11. Januar.
In der alten Lazarettkaserne in Graz (Stiermark) kürzte Sonnabend vormittag das Dach ein und zerfiel in drei Stücke. Zahlreiche Mannschafteräume wurden vollkommen zerstört. Fünf Tote wurden bisher aus den Trüm- mern gezogen. Da zahlreiche Soldaten in der Kaserne inwiegend waren, ist zu befürchten, daß noch weitere Opfer zu beklagen sind.

Erdbeben in Columbien.

DNB Bogota (Columbien), 11. Januar.
Nach Meldungen aus Bogota haben sich in der Provinz Marino starke Erdstöße ereignet, die große Er- dbeben im Gefolge hatten. Hierbei wurden vier Dör- fer zerstört. Man glaubt, daß über 200 Menschen um- gekommen sind.

Der Vernichtungsweg der Windhose.

Der Sachschaden geht in die Millionen.

.. Düsseldorf, 11. Januar.

Aus Anlaß der gewaltigen Sturmka- trophe, die am Freitagmorgen Düsseldorf und Neuf heimlich, hatte die Leitung der Düsseldorf-Feuerwehr am Spätabend zu einer Pressebesprechung ge- laden. Branddirektor Kiebe gab einen Gesamtüberblick über die verheerenden Folgen der Katastrophe.

Aus den Ausführungen ist zunächst die Tatsache zu vermerken, daß das Unheil, das über die Stadt gekom- men ist, außer den bereits gemeldeten zwei Toten und etwa 15 Schwerverletzten keine weiteren Opfer gefordert hat, daß die Zahl der Personen, die durch herabfallende Trümmer usw. Ver- letzungen davontrugen, aber ziemlich groß ist.

Der Sachschaden, der sich auch nicht nur einig- maßen abschätzen läßt, geht in die Millionen.

Wertwüßig ist, daß die Windhose des Freitag- genaus um dieselbe Zeit Düsseldorf heimlich wie die zu Pfingsten 1924, nämlich genau um 13.30 Uhr, nur daß der Weg der heutigen Windhose ein an- derer war. Die heutige Windhose hatte eine Breite von etwa 150 Metern und hat auf dieser Breite auf ihrem ganzen Wege die bereits erwähnten unge- heuren Verwüstungen angerichtet. Die wichtigsten Auf- sturmsarbeiten an den größeren Gebäuden setzten sich, zum Teil bei Scheinwerferlicht, bis in die Über- stunden fort. Der Gesamteinsatz der Feuerwehr betrug rund 200 Mann, während die Polizei insgesamt 250 Beamte einschließlich zweier Feldjäger-Bereitschaften ein- gesetzt hatte. Weiter beteiligten sich an den Aufstür- mungsarbeiten die SA, die Technische Nothilfe und das Rote Kreuz, während die NSB für die Unterbringung der Obdachlosen sorgte. Gleich zu Beginn der Hilfs- arbeiten wurde eine Anzahl von Privatautos requiriert, die dann ebenfalls eingesetzt wurden.

Erwähnenswert ist noch, wie Branddirektor Kiebe

mitteilte, daß sich an der Grohnschloßstraße der Chamottfabrik Koppers ein Unfall ereignete, als habe eine Verletzung der etwa 500 Meter breiten und etwa 2000 Meter in die Tiefe gehenden Fabrikanlagen stattgefunden.

An drei großen etwa 120 Meter langen und 40 Meter breiten Fabrikationshallen waren die Dächer abgedeckt. Welche gewaltigen Kräfte hier am Werke waren, zeigt, daß das Dach eines Schuppens von der Wind- hose hochgehoben, in die Luft gedreht und dann wieder mit der oberen Seite nach unten auf den Schuppen hinabgeschleudert wurde. Eine andere große Halle, die Mauern von etwa 40 cm Dicke hatte, wurde zur Hälfte völlig eingedrückt.

Frankreichs Finanzen und Wirtschaft.

(Fortsetzung von der 1. Seite)

vorniegend industriellen Staaten. Das ausgeglichene Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft wirkt sich in Frankreich in diesem Sinne günstig aus.

Der schwächste Punkt in der französi- schen Wirtschaft ist die Lage der öffent- lichen Finanzen. Die Verschuldung des Staates hat die astronomische Ziffer von 322 Milliarden Fran- ken erreicht. Mit Besorgnis sehen die breiten Massen der Spärer und Welter von Staats- anleihen auf die riesigen Wiedereinnahmen des Staatshaushalts. Sie haben noch zu deutlich die Stabilisierung von 1928 in Erinnerung, die den Verlust von 50 Prozent ihrer Vermögen lega- lisierte. Sie fürchten deshalb, der Staat könne wie- derum zu dem Mittel der Entwertung greifen, um sich eines Teiles seiner Schulden zu entledigen. Bei der geringsten politischen Erschütterung folgert sich das latente Mißtrauen des Sparpublikums zur offenen Panik. Als nach dem Sturz der Regierung Flaminio im vergangenen Mai die internationale Spekulation in New York und London eine Attacke gegen den Franken einleitete, stützten die französischen Spärer an die Schalter der Banken, um ihre Einlagen in ausländische Geldnoten oder Goldbarren einzutauschen. Der Run auf die Kreditinstitute im Mai und November hat der Banque de France 18 Milliarden Franken gekostet. Es ist zwar richtig, rein technisch ist die Position der französischen Notenbank stark. Mit rund 70 Milliarden Goldreserven nimmt Frankreich nach den Vereinigten Staaten den zweiten Platz in der Welt ein. Die Banknoten sind zu 75 Prozent in Gold gedeckt, während das Bankgeld nur eine Garantie von 35 Prozent vorstellt. Die Dollarentwertung hat aber gezeigt, daß die absolute Höhe des Gold- reichums nur eine sekundäre Rolle spielt. Dies wird deutlich, wenn man sich den Abzug des Verlusts der französischen Notenbank an Goldbarren 5 Milliarden. Bei der in Finanzkreisen üblichen Neuro- tik werden die überstürzten Geldabzüge der Einleger den Abzug von Goldmetall in Anspruch nehmen lassen. In einer solchen Situation kann sich also die Gold- reserve trotz ihrer absoluten Höhe in kurzer Zeit ganz erheblich vermindern. Kanak hat nun mit Hilfe drasti- scher Maßnahmen den Haushalt theoretisch ausgegli- chen können und dadurch den Staatsschuld etwas ge- rät. Die Notwendigkeit mit ihrem Kernstück — der Kürzung der Beamtengehälter — haben eine Herabsetzung des Staatshaushalts auf 40 Milliarden in Ermahnung und Ausgabe erlaubt.

Am Gegenstand zu den vorhergehenden Jahren hat der Außenhandel 1935 merkwürdig stark abgenommen. Der steigende Anteil der französischen Kolonien am Gesamtmarkt der Ausfuhr des Mutterlandes wird immer deutlicher. Die Kolonien sind im vergangenen Jahr mit 30 Prozent

Das Dach eines 80 m langen Badoles wurde hier ebenfalls hochgerissen und fast 150 m weit weggeschleudert.

Hier waren, wie schon gemeldet, 6 Schwerverletzte zu beklagen. Die Zahl der Leichtverletzten betrug 18. Im Umkreis dieses Werkes wurden auch eine Reihe von Häusern abgedeckt und schwer beschädigt. Sie mußten geräumt werden. Für die anderweitige Unterbringung der Familien wurde sofort gesorgt.

Im Heerdter Hafen, wo ein großer Lokomotiv- schuppen zerstört wurde, so daß kein Stein auf dem anderen blieb, waren ebenfalls der be- reits gemeldete Tote, ein 30-jähriger Kranführer, und drei Schwerverletzte zu verzeichnen. Im Heerdter Hafen wurden die Aufräumarbeiten von dem Hafen- inspektor tatkräftig und umsichtig geleitet, so daß die Feuerwehr hier garnicht einzusetzen brauchte.

In Oberkassel an der Düsseldorf-Elferstraße wur- den etwa 50 Häuser stark beschädigt und teils die Dächer völlig abgedeckt. Neun dieser Häuser drohten einzustürzen.

An der größten Schadestelle der Innenstadt, an der Städtischen Tonhalle, sah es ebenfalls düster aus. Die gesamte Tonhallenstraße war mit Trümmern über- litten. Die Hochspannungsleitung war heruntergerissen und hing in etwa 1 Meter Höhe unter Strom über der Straße.

An der Tonhalle, an der das Dach des großen Kaiserlaas abgedeckt und etwa 80 Meter weg- getragen wurde, wurden über 20 parkende Autos von den herabfallenden Trümmern schwer beschädigt. Die schönen alten Bäume des Ton- hallengartens sind zum Teil einfach umgeknickt worden, zum Teil wurden sie mit den Wurzeln in die Erde hochgehoben und dann unten abgedreht. Auch die nahe liegende Marienkirche hat erheb- liche Beschädigungen, besonders an den Seitentürmen, erhalten.

Der zweite Tote ist, wie bereits gemeldet, bei dem Gebäulichkeitssturz der Geldschrank- fabrik Veltz zu beklagen gewesen. Es handelt sich hier um einen 17-jährigen Lehrling. Die Zahl der kleineren Schäden auf der ganzen Straße, die die Wind- hose nahm, ist naturgemäß ungeheuer groß. Überall gab es umgestürzte Bäume, eingestürzte große Schaulen, beschädigte Häuser usw. Trotz der umfangreichen und oft schwierigen Aufräumarbeiten der Feuerwehr hat die selbst keine ernstlichen Unfälle zu verzeichnen. Auch nirgends Brände vorgekommen, obwohl die Brandgefahr an vielen Stellen infolge der einge- stürzten Röhren sehr groß war. Welche Ausmaße und Folgen die Katastrophe genommen hätte, wenn sie Düsseldorf bei Nacht überfallen hätte, ist gar nicht aus- zubilden.

an der Ausfuhr betrug gegen 15 Prozent 1927. Die weitergehenden Verluste, nach dem Vorbild des britischen Empires (Abkommen von Ottawa), eine engere wirtschaftliche Einheit zwischen den Nieder- ländischen und dem Mutterlande herzustellen, sind nicht zum Abschluß gekommen. In diesem Sinne kann man die Kolonialkonferenz, die mehrere Monate lang tagte, als gescheitert ansehen.

Nach den verheerenden Folgen der Hochwasspolitik der vergangenen Jahre scheint der Handelsminister Bonnet entschlossen zu sein, freiere Bedingungen für den Warenverkehr auszuwirken. Wenigstens deuten die zahlreichen Abkommen der letzten Monate darauf hin. Trotz der liberaleren Grundhaltung der französi- schen Handelspolitik darf aber das Angebot der Somers, gegen eine Kreditgewährung von 800 Millionen (nach einer anderen Version einer Milliarde) die Einfuhr französischer Waren zu erhöhen, an dem Widerstand der Banken als gescheitert angesehen werden.

Die Kriegsgeschäfte Morgans

Neue Enthüllungen im amerikanischen Senatsauschuß.

Warum Präsident Wilson plötzlich für England eintrat.

Washington, 11. Januar.

Vor dem Munitionsauschuß des amerikanischen Senats wurden im weiteren Verlauf der Ermittlungen Geheimdokumente des weißen Hauses, des Staatsdeparte- ments und des Schatzamtes vorgelegt, aus denen der plötzliche Umsturz der Neutralitäts- politik Wilsons im Jahre 1915 hervorgeht. Das bemerkenswerte Ergebnis des Tages war die Feststellung eines Briefes des che- maligen Schatzministers Mr. Wood an Wilson, in dem dieser erklärt, daß sich der gesamte amerikanische Handel infolge des künftigen Fal- lens des Sterling in schwerster Gefahr befinde. Er billige daher eine sofortige Aufhebung des Verbotes der Gewährung von Anleihen an Krieg- führenden. Der Brief endet mit dem Satz: „Groß- britannien ist und war immer unser bester Kunde.“

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sagte der stellvertretende Schatzminister Morgan, Wilson, aus, daß etwa 200 Millionen Dollar britischer Privatguthaben im Jahre 1915 mit Hilfe der amerikanischen Regierung durch die Morganbank abgezogen worden seien. Das Verbot ergab weiter, daß die britischen Kriegs- guthaben im April 1917 ihren höchsten Stand mit etwa 27 Milliarden Dollar erreicht hätten.

In der Fragestellung des Munitionsauschusses des amerikanischen Senats stand im Vordergrund des An- tereßes die Aussage Morgans zu der Frage der Be- teiligung der Morganbank an dem Verkauf des englischen Pfundes im August 1915 und der damit zusammenhängenden Fragen.

Morgan verneinte ausdrücklich, daß die Bank den Sturz des Pfundes damals absichtlich herbeigeführt hätte, um die Regierung der Vereinigten Staaten zur Auf- hebung des Anleiheverbots an Kriegsführende zu zwin- gen. Er behauptete, daß die Morganbank ihre bis August 1915 ausgeübte Stellung des englischen Pfundes im Auftrage der britischen Regierung aufgeben habe.

Der Gang der Verhandlungen wurde weiter, daß die Morganbank die Vertiefung des ameri- kanischen Dampfers „Arabic“ am 19. August 1915 durch U-Boote als propagandistischen Sinter-

werden. (Vergl. aber die nachfolgende Pariser Mel- dung mit der Versicherung des „Ami du peuple“.) Es spielen hierbei natürlich die Kollisionsrisiken wegen der nicht zurückgekauften Vorkriegsschulden eine entschei- dende Rolle. Man kann im Rahmen dieses Artikels nur den Wunsch aussprechen, daß die Neuorientierung der französischen Handelspolitik sich in den Außen- handelsbeziehungen zu Deutschland auswirke und nach dem schon sechs Monate andauernden verlagslosen Zustand wieder einer Aktivierung des deutsch-fran- zösischen Warenaustausches der Weg gebahnt werde.

Von allen nationalen Gewerbezweigen ist ohne Zweifel die Fremdenindustrie am schwer- sten getroffen. Unabhängig von der durch die gestiegene Kaufkraft verursachten Einschränkung des Reiseverkehrs, hat das stark überhöhte Preisniveau den Strom der Touristen in andere Länder gelenkt. Die Abschwächung des Fremdenverkehrs hat indirekt auch die bedeutende Luxusindustrie geschwächt. Die Anwendung der Sanktionen gegen Italien hat die für die Ausfuhr arbeitende Klein- und Mittel- industrie des Südens stark in Mitleidschaft ge- zogen. Bei der Schwerindustrie kann man eine leichte Belebung beobachten, die die bedeutenden Rüstungsaufträge hervorgerufen.

Im Gegensatz zu den Arbeitsbeschaffungsma- ßnahmen in Amerika und Deutschland, ist in Frank- reich die Arbeitsbeschaffung nicht — oder nur in ge- ringem Maße — zu einer Aufgabe des Staates ge- worden. Das alleinige Ziel wird in der Reduktion der Unternehmerrisikolage gesehen. Das steht aber mehr als je die Wiederherstellung des Vertrauens der Wirt- schaft in die Stabilität der politischen Verhältnisse und der Sicherheit der staatlichen Finanzen voraus. Die sich immer deutlicher abzeichnende Polarisierung des politischen Lebens — hier nationale Ligen, dort Volksfront — wird aber die entgegengesetzten Tendenzen nur verstärken. In demselben Sinne wirken die Aussichten der Niederlage der Rechten bei den kommenden Wahlen und die Möglichkeit einer Re- gierung des linken Extremismus. Für eine Überwindung der Vertrauenskrise durch eine baldige Einsetzung Frankreichs in die Wiederbelebung der Weltwirtschaft sind bisher keine genügenden Anhaltspunkte gegeben.

Die sowjetrussischen Anleihepläne in Frankreich.

DNB Paris, 10. Januar.

Die Zeitung „Ami du Peuple“, die aus ihrer Abneigung gegen eine politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland nie ein Wort gemacht hat, glaubt die Hintergründe der sowjet- russischen Anleihepläne in Frankreich aufdecken zu können. Das Blatt schreibt, das französische Volk, das bereits vor dem Kriege 100 Milliarden Franken an Ausland geliehen und verloren habe, sei empört über die Absicht, den Sowjetrußland nun erneut eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde Franken zu gewähren. Die Verantwortung für diese Angelegenheit falle auf den Handelsminister Bonnet, der ein neues Wirtschaftsabkommen mit Moskau abge- schlossen habe. Die Sowjets, die französische Waren kaufen wollten, hätten kein Geld, sie hätten somit unter Zustimmung des Handelsministers den Vorschlag ge- macht, daß sie in Frankreich französische Waren mit fran- zösischem Geld kaufen wollten. Bonnet habe sich also auf die Suche nach der benötigten Milliarde begeben. Alle großen Banken hätten jede Anleihe rundweg abgelehnt. Die Bankiers Dreux u. Sellmann seien unter der Bedingung bereit gewesen, daß die Bank von Frankreich die Garantie über- nehme; diese aber habe abgelehnt. Die Depo- siten- und Konstitutionskasse habe sich ebenfalls mit Ausnahme eines marxistischen Mitgliedes des Vorstandes geweigert, den Kredit zu gewähren. Somit liege für den Handelsminister der einzige Aus- weg darin, daß diese die Garantie übernehme. Am 2. Januar erklärte man jedoch, daß die Regierung das ablehne. Die Finanzkreise hüllten sich in Schweigen, die Börsenkreise aber teilten der Anlei- ge ab. Das Blatt findet aber, daß auf jeden Fall bereits zwei Anfragen über die Anleihe- angelegenheit von der Regierung vorberei- tet wurden. Aus der Kammerausprache werde das französische Volk dann erkennen können, wo die tatsäch- lichen Verteilungen seiner Ersparnisse lägen.

arund für die Auflegung einer weiteren ungedeckten englischen Anleihe in den Ver- einigten Staaten auszuheute. Bei der Vertiefung des Dampfers kamen damals zwei amerikanische Bürger ums Leben. Eine Woche nach der Vertiefung der „Arabic“ und zwei Wochen nach dem Ausbruch der Stillungs- action des englischen Pfundes durch die Morganbank hat Wilson entgegen dem Widerstand des Außenmini- sters Bryan das Anleiheverbot an Kriegsführende auf- gehoben.

Infolge wiederholter schwerer Beschuldigungen durch die Auswärtigenminister gestattete sich die Sitzung äußerst lebhaft. So behaupteten diese, daß der Einfluß der Morganbank eine Veränderung der Neu- tralitätspolitik Wilsons bewirkt habe, indem dieser Großanleihen an die Alliierten gestattete. Ferner behaupteten sie Morgan u. Co., daß sie einen Druck auf die amerikanischen Kriegsliefer- ranten ausgeübt habe, um sie zu bewegen, An- leihe für den ersten großen alliierten Kriegsanleihe von 1915 über 500 Millionen Dollar zu kaufen.

Morgan wies diese Beschuldigungen in großer Erregung und oft mit stark erhöhter Stimme zurück.

Das Auswärtigenministerium unterbreitete ein Kabel- telegramm, das Morgan u. Co. am 30. September 1915 nach Genehmigung der Anleihe durch die amerikanische Regierung an das Londoner Morganhaus schickte. In dem- selben heißt es, daß gegen die Anleihe seitens der deut- schen Kreise in gewissen Teilen des Landes, namentlich in Chicago, ein harter Wider- stand bestünde. Weiter enthält das Telegramm den Ein- weis, daß es diese große Anleihe in Amerika gebe, mit denen Morgan u. Co. nicht in unmittelbare Ver- bindung getreten lie, bei denen aber von britischen Munitionsherstellern große Bestellungen gemacht würden. Schließlich wird in dem Kabel die Hoffnung ausgesprochen, daß die größten britischen Kautzgeber veranlaßt werden könnten, den amerikanischen Anleihegebern zu helfen, daß der Erfolg der Anleihe wesentlich für den amerikanischen Handel sei und daß die Anlei- hen sich sofort mit Morgan u. Co. in Verbindung setzen sollten.

Die Verhandlung ergab schließlich die bemerkenswerte Tatsache, daß die große alliierte Kriegs- anleihe von Morgan u. Co. ein Kapital von 9,550 Millionen Dollar ein- brachte.

In der
an der
Witwen
ge
Schwieger
den. Der
beim Eintr
verleht
Drüflege,
dem Schwi
Stich mit
zu la m
zienhopita
tag geist
nalspolize
ihn hatbe

Die Geli

Ein bel
junger Me
eines in de
aber die be
ihm Rache
sch der Wi
dem Felde
hm mit
Rücken.
Bauernsch
fande im fe
lgeno

Die Pa

Die Rei
zu dem Ne
in der die
getragen w
dierter San
Bedeutung
erfreulich
als hundert
der älteste
soll die Sa
lassen. Stel
legen. Die
über hundert

Unbefug

Das Reie
ten Friedri
Landgerichts
unbegrenzt
Berechnung

Achtung!

B

Habe eine a

Sch

(Schöne Mo
845, - gene
die Daltbr
fährbar War
Mach Wabr
Geld

Stell
Anerkennung
keine Orl
liegen. Zu
allder usw
selle Namen
verfahre

Angeho

Bauernhof
durchaus tich
Mädch

Für Riche u.
senariet. Zu
m. Gehaltsan
unter 24 an
Polizeiinspe
Dorfien.

Sum 1. J
Altesaht.
Mädch

für landwirtsch
lichen Haus
geucht.

Offerten u
Nr. 508 an
Bürgerblatt,
Merich

Rath, kinder
Mädch

für landwirtsch
lichen Haus
geucht.

Se ersehnt
Nie erlähnt
der Gernie

Mädch

am 10.11.15
Nal für Haus
Pant plattsch
luch

Fräulein
Emilie,
am Schloß.
0000

Su me
für 11. Jan
eine Atere
Kochin

Aus Westdeutschland.

Im Streit erloschen.

p) Westerkamp, 11. Januar.

In der Nacht zum 4. Januar wurde in einem Hause an der Steinstraße 39 von mehreren Personen getagt und Alkohol getrunken. Mit dieser Veranstaltung war der Schwäger des Wohnungsinhabers nicht einverstanden. Der sehr leicht erregbare Mann bemerkte sogleich beim Eintritt in die Wohnung: „Was geht hier vor?“ und verlegte einem der beteiligten jungen Männer eine Ohrfeige, worauf dessen Bruder herortrat, der dann von dem Schwägeren, einen gewissen Johann M., einen Stich zwischen die 7. und 8. Rippe erhielt und sofort zusammenbrach. Der Verletzte wurde in das Marienhospital in Buer transportiert, wo er am Donnerstag gestorben ist. Der Täter wurde von der Kriminalpolizei festgenommen und das Amtsgericht hat gegen ihn Haftbefehl erlassen.

Die Geliebte mit dem Beil niedergeschlagen.

wp Stadthagen, 11. Januar.

Ein bei einem Bauern in Bornhagen beschäftigter junger Mann war schon seit langem um die Tochter eines in der Nähe wohnenden Bauern. Als das Mädchen aber die Anträge des Liebhabers ablehnte, schwor dieser ihm Rache. In einem unbewachten Augenblick schlich sich der Mann mit einem scharfkantigen Beil an das auf dem Felde arbeitende Mädchen heran und verlegte ihm mit großer Wucht einen Schlag in den Rücken. Mit furchtbaren Verletzungen brach die Bauerntochter zusammen und liegt im bedauerlichen Zustand im Krankenhaus daneben. Der Täter wurde festgenommen.

Die Waderborner Wollhalle Sammelstelle für Westdeutschland.

wp Waderborn, 11. Jan.

Die Reichswollverwertung in Berlin hat sich loben zu dem Neubau einer Wollhalle in Waderborn entschlossen, in der die Vorräte aus ganz Westdeutschland aufkommen werden sollen. Waderborn wird dadurch als vierter Sammelplatz in Deutschland eine ganz gewaltige Bedeutung für die künftige Wollverwertung erhalten; erstens für die Tatsache, daß der Ort seit mehr als hundert Jahren bestehende Waderborner Wollmarkt der älteste seiner Art in Deutschland ist. Wie wir hören, soll die Hauptlagerhalle allein 9500 Quadratmeter umfassen. Sieben verschiedene Hallen sind insgesamt vorgesehen. Die große Haupthalle soll allein in der Frontseite über hundert Meter und in der Tiefe 95 Meter messen.

Unbefugtes Tragen von Orden ist strafbar.

8 Essen, 10. Januar.

Das Reichsgericht verurteilt die von dem Angeklagten Friedrich M. gegen das Urteil des Bielefelder Landgerichts vom 18. 9. 1935 eingelegte Revision als unbegründet. Damit ist der Verurteilung wegen unbefugten Tragens des Ordens über Titel rechtskräftig zu-

einem Monat Gefängnis verurteilt. M., der als Frontkämpfer im Weltkrieg das Eisene Kreuz 2. Klasse erworben hatte, trug zwei Jahre hindurch vom Januar 1933 bis Januar 1935 — das Eisene Kreuz 1. Klasse, obwohl er nicht dazu berechtigt war. Er hatte sich auch nie um das Zeugnis für diese Auszeichnung bemüht, und die Strafkammer stellte fest, daß M. sich auch nicht berechtigt gehalten habe, den Orden anzulegen. Nach Ansicht des Gerichts würde der Straßzwei nicht durch eine Geldstrafe erreicht werden, vielmehr sei eine einmonatige Gefängnisstrafe angebracht. Der Angeklagte beantragte mit seiner gegen dieses Urteil beim Reichsgericht eingelegten Revision die Aufhebung des Strafrechtsgesetzes vom 7. August 1934, das das vorliegende Verbrechen zum Verbrechen des Verstoßes vor dem Stichtag für diese Angelegenheit liege. Auch der Reichsanwalt war der Ansicht, daß gegen den Angeklagten für den längeren Zeitraum der beiden Jahre lediglich wegen Verletzung gemäß § 360 Ziff. 8 StGB zu erkennen gewesen sei. Da das von der Strafkammer zur Aburteilung herangezogene Ergänzungsgebot über Titel erst am 17. Mai 1934 in Kraft getreten ist, beantragte der Reichsanwalt eine entsprechende Schuldbekanntmachung und Aufhebung des Urteils im Strafspruch. Das Reichsgericht war jedoch, wie der Reichsgerichtsdienst des DVB meldet, der Überzeugung, daß die Verletzung auch bei Verurteilung des genannten Umstandes nicht auf eine niedrigere Strafe erkannt hätte. Da auch die Aufhebung nicht Platz greift, wurde das angefochtene Urteil mit einer für die Strafhöhe belanglosen Maßgabe rechtskräftig bestätigt.

Großfeuer auf einem Bauernhof.

WDD, Remscheid, 11. Januar.

Ein großes Schadenfeuer brach am Donnerstag nachmittag in Remscheid auf dem Hof des Bauern B. in einer großen mit Erntevorräten gefüllten Scheune aus. Beim Eintreffen der Remscheider Feuerwehrpolizei fand die Scheune in vollen Flammen, die bereits auch auf den Dachstuhl des angrenzenden Wohnhauses übergegangen waren. Die Scheune mit den Erntevorräten vom Wohnhaus war der Dachstuhl vernichtet wurde. Das Großfeuer war von Anwohnern auf die Weide getrieben worden; die Möbel des Wohnhauses wurden zum Teil durch Wasser beschädigt. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch ungeklärt.

Billige Werbeführer mit Leuchtschrift.

X Remsch, 10. Januar.

Auf einer Straße in Remsch nahm die Polizei einen verdächtigen Mann unter der Hand. Es stellte sich heraus, daß dies ein guter Gang war, denn man hatte einen dreifachen Majestätsverstoß vor sich, der seit August vorigen Jahres zahlreiche Geschäfte, in erster Linie Schuhmacher, betrog, und zwar nicht nur in Düsseldorf und Umgebung, sondern auch rheinwärts bis in die Mannheimer Gegend seine Opfer fand. Der Trick des Täufers war, bei den Geschäftslenten vorzutreten und ihnen die Lieferung geschma-

chter Werbeführer mit Leuchtschrift, innerhalb von zehn Tagen zum Preise von nur 2,40 Mk. bei kostenloser Anbringung anzubieten. Der Hauptpunkt des Geschäfts war natürlich auch hier wieder die Anzahlung, die zur Hälfte, also in Höhe von 1,20 Mk., sofort zu entrichten war. Das blieb aber dann auch der einzige Punkt des „Vertrages“, der erfüllt wurde, nämlich von den Werbeführern, die im übrigen natürlich vergeblich auf die Schlichter mit der Leuchtschrift warteten und zu spät erkannten, daß sie einem plumpen Schwindel zum Opfer gefallen waren. Mehr als 200 Betrugsfälle dieser Art sind bei dem festgenommenen bisher bereits ermittelt.

Der geprellte Schieber.

1000 Mark für ein Säckchen Abfallnadeln.

WDD, Wachen, 9. Januar.

Ein besonderer Betrugsfall spielte sich im Oktober v. J. in Wachen ab. Der schon erheblich vorbestrafte Neujan, der auf irgend eine Weise in den Besitz von drei winzigen Platinstücken gekommen war, hatte durch Mittelsleute einem belgischen Schieber ein Kilogramm Platin für 2000 RM anbieten lassen. Der Belgier schien auch nicht abgeneigt, doch fehlte unterm Platinverfälscher das Goldmetall. Deshalb legte er sich mit einem Schreiner in Verbindung, der in seinem Betrieb ausortierte Nadeln benutzte. Bruchstücke verarbeitete der Schieber in ein Säckchen und übergab dies dem Gewährsmann des Belgiers, der auch prompt 1000 RM bei der Aushändigung der angeblichen Platinstücke zahlte. Der Schwindel kam natürlich kurze Zeit später heraus. In der Zwischenzeit hatten die beiden Verkäufer des „Platins“ und einer ihrer beiden Helfer aber schon das Geld in leichtfertiger Gesellschaft ausgegeben. Die Erste Große Strafkammer verurteilte die drei Angeklagten zu verhältnismäßig geringen Strafen von fünf bis neun Monaten Gefängnis. Die gegen den Angeklagten Neujan beantragte Sicherungsverwahrung wurde abgelehnt. Der Geprellte ist übrigens ein berühmter belgischer Schieber, der von den deutschen Zollbehörden schon lange gesucht wird und der wieder einmal im Trüben zu fischen gedachte, als er deutsches Platin aufkaufen wollte. Nur unter Zuhilfenahme seines Geistes war er überhaupt dazu zu bewegen, vor Gericht als Zeuge zu erscheinen.

Das Doppel-Bad auf dem Neroberg wird erweitert.

Wiesbaden, 9. Januar.

Schon im zweiten Jahr seines Bestehens hat sich das Doppel-Bad auf dem Neroberg infolge des ständig wachsenden Besuchs von nah und fern als ein klein erwiesen. Der Stifter des Bades, Geheimrat Dr. Wilhelm von Opel, hat jetzt erneut einen Betrag von über 50 000 Mark zur Vergrößerung und der Terrassen um je 15 Meter begonnen werden kann.

O Wuppertal, 10. Jan. Auf dem Bahnhofster tot aufgefunden. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit: In der Nacht zum Donnerstag, gegen 1,30 Uhr, wurde von einem Bahnschutzbeamten in km 138,8 der Strecke Halbes-Hagen eine stark verblutete Leiche gefunden. Die Personalfälle konnten bisher noch nicht festgestellt werden.



Ministerpräsidententochter als — Gastwirtin.

Die Tochter des früheren englischen Ministerpräsidenten MacDonald, Isabel, die früher seine Sekretärin war, hat sich jetzt eine Gastwirtschaft gekauft. Das Haus befindet sich auf einem von 300 Jahren zurück, und Fräulein MacDonald hofft, daß es zu einem gesellschaftlichen Treffpunkt wird. Hier wohnt sie mit ihrem ersten Mann.

(Deutsche Presse-Photo-Zentrale-M.)

Wetterbericht der Reichswetterdienststelle Essen-Mühlheim.

Essen, 11. Januar.

Vorhersage für Sonntag: Nach kühler, leichtem aber abkühlenden Winden aus westlichen Richtungen noch vereinzelt Schauer, Tagestemperaturen 6-8 Grad, nachts auf 2 bis 3 Grad abnehmend.

Vorhersage für Montag und wahrscheinliche Weiterentwicklung: Bei anhaltenden westlichen Winden keine wesentliche Veränderung, und Temperaturen gegen den Vortag unverändert.

Achtung!
Brautknecht
Sache eine arbeitsfähige Brautknecht
Schlafzimmer
(Schöne Modelle), komplett für Mk. 845,-
an den Kauf zu verkaufen. Für die Schlafkammer übernehme ich die volle Verantwortung.
Nach Mitteilungsstelle S. Menning
Geldstr. 1, 23. Auf 289.

Stellenmarkt
Jeder, der auf die Stelle eines
kann, der auf die Stelle eines
kann, der auf die Stelle eines

Angestellte
Bauernhof (auch durchgehende)
Mädchen
für Küche u. Gar-
tenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Ständige Vertreter gesucht!
Für die Bereiche Gesele und Klausur sowie deren
Umgebung habe ich die Vertretung für die Jahre
1935, 1936 und 1937 zu vergeben. Es sind außer diesen Vertretungen
noch weitere Vertretungen im Wintersemester 1935/36
zu vergeben. Bewerberinnen und Bewerber, die
sich für diese Vertretungen interessieren, bitten wir,
ihre Bewerbungen mit Angabe der gewünschten Vertretung
und der bisherigen Schulbildung an die
Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Fachbereich
Chemie, Postfach 17, zu richten.

Viele Brautleute kommen täglich zu uns
am sehr ganz zwanglos anzusehen, was
wir an gelegentlichen zu bieten haben.
werten Einrichtungen geben schon einen
Unsere Lagerbestände sind sehr reichhaltig.
Unsere Lagerbestände sind sehr reichhaltig.
Unsere Lagerbestände sind sehr reichhaltig.

Möbelhaus Heilborn
Münster
Hauptgeschäft: Kuhstr. 14
Gegr. 1874
Sonderverkauf: Alter Steinweg 27a

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Mädchen
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Kaffee-Handels-Haus
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

Der Motor der Familie
für Haus- und
Gartenarbeit, auch in
Mädchen

